

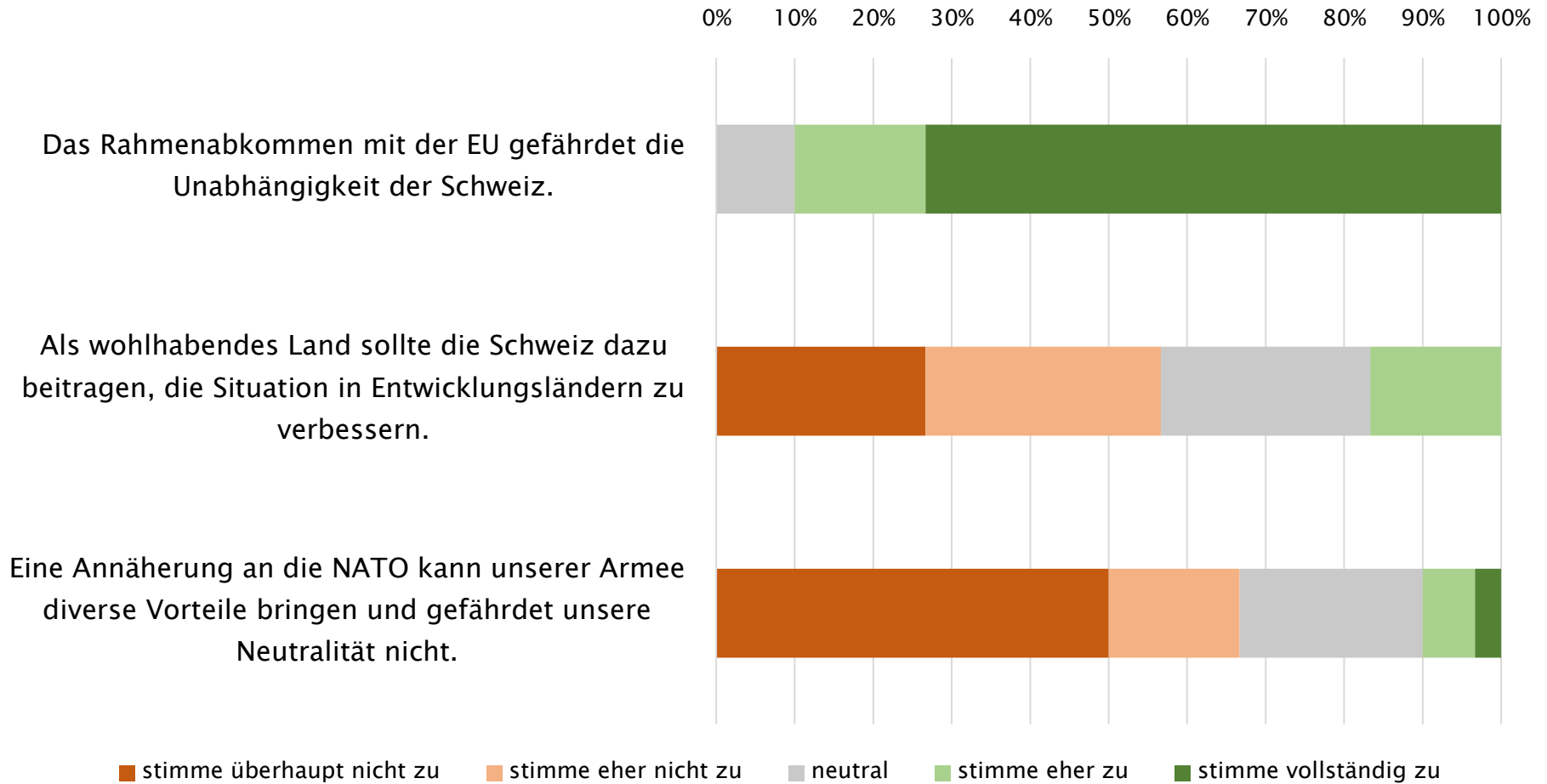


Mitgliederumfrage 2019/2020

Darstellung der Ergebnisse und Analyse

Trimmis, 25. März 2020

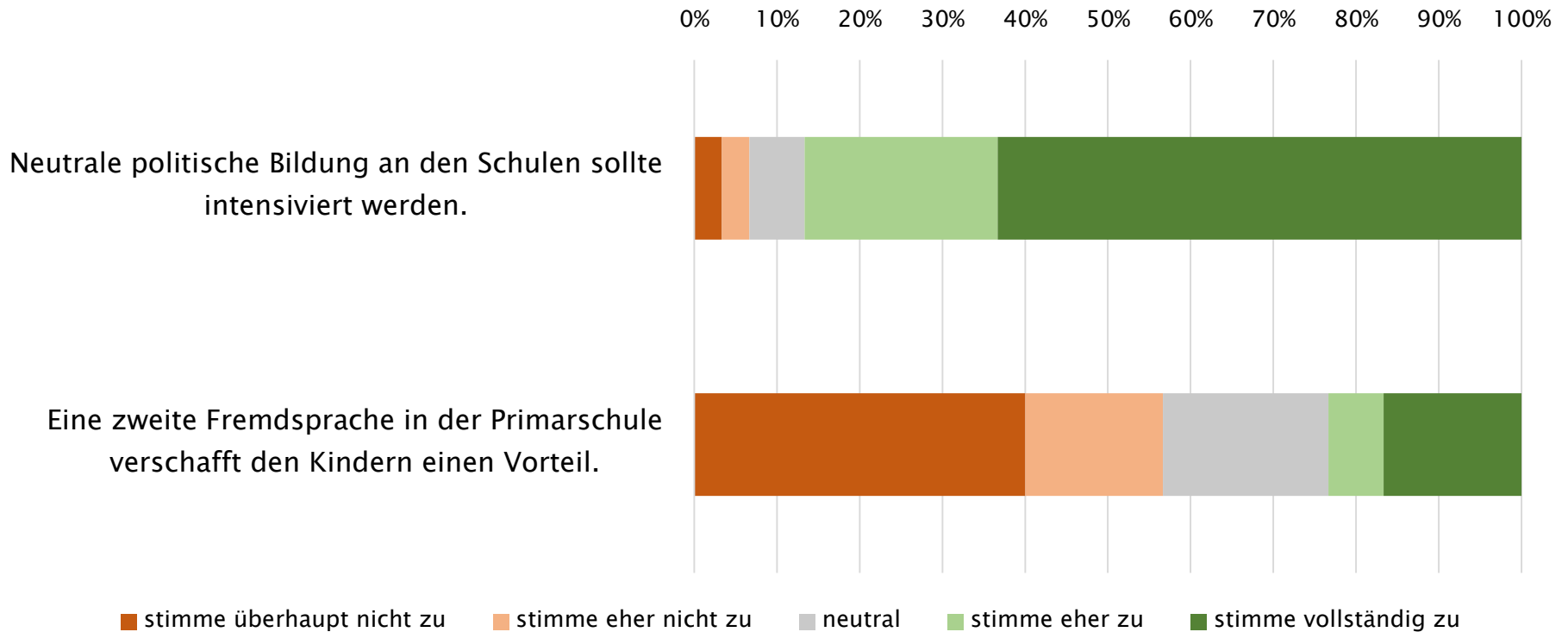
► Nicola Stocker, Präsident Junge SVP Graubünden





Kommentar

- ▶ Eine deutliche Mehrheit ist der Auffassung, dass das Rahmenabkommen die Unabhängigkeit der Schweiz gefährdet.
- ▶ Die Mitglieder sind mehrheitlich der Auffassung, dass sich die Schweiz nicht zu sehr für die Verbesserung der Situation in Entwicklungsländern einsetzen sollte. Es dürfte vor allem daran liegen, dass die Wirksamkeit der eingesetzten Entwicklungshilfe nicht immer gegeben ist.
- ▶ Die Annäherung an die NATO wird von den Mitgliedern mehrheitlich kritisch beurteilt, weil eine Annäherung die Unabhängigkeit der Schweiz gefährdet.

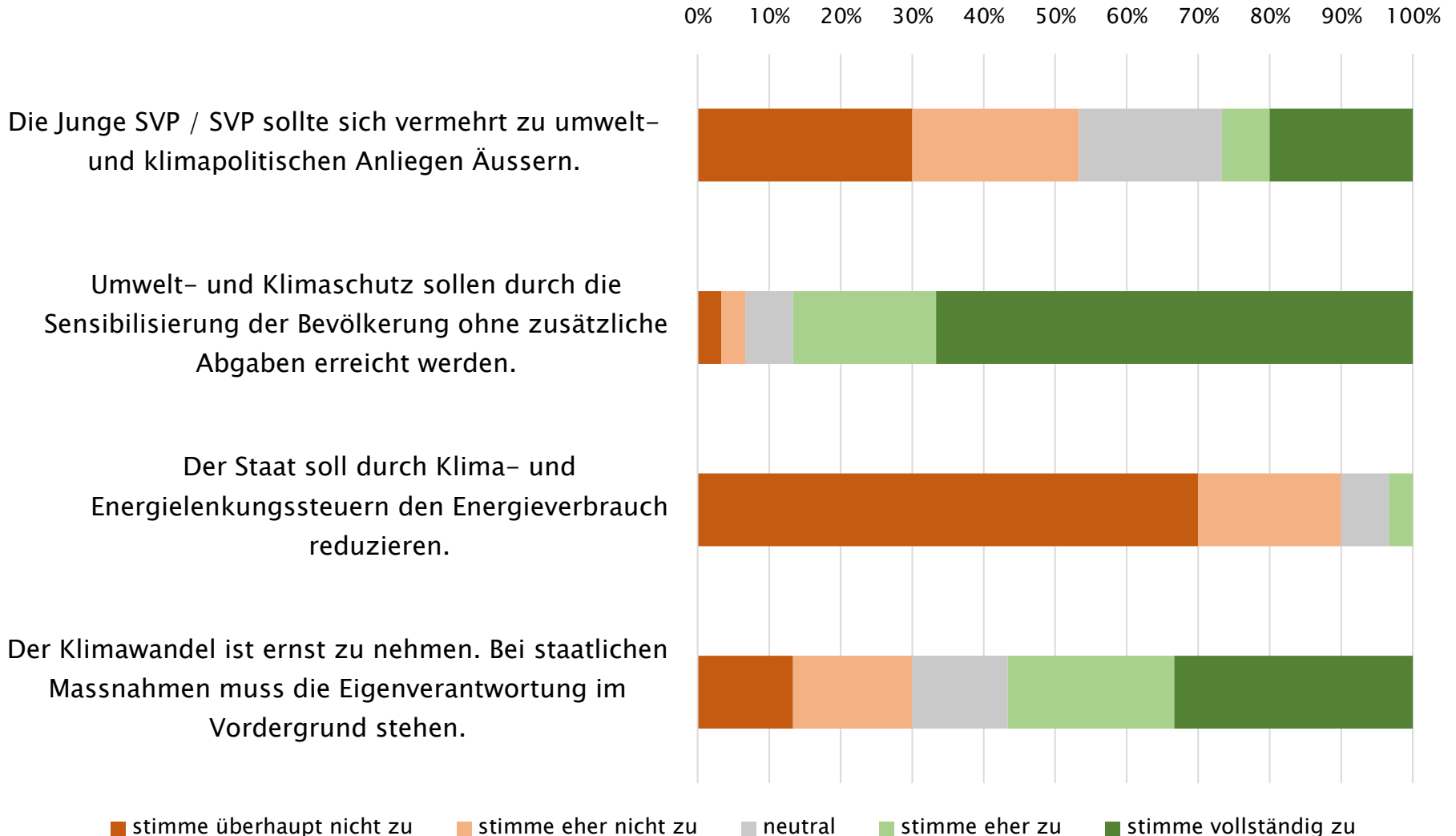




Kommentar

- ▶ Die Stärkung und Intensivierung von neutraler politischer Bildung an Schulen wird von einer Mehrheit begrüsst.
- ▶ Eine Mehrheit ist der Meinung, dass eine zweite Fremdsprache auf Primarstufe keine Vorteile für die Kinder bringt. Vereinzelt gibt es Mitglieder, die den Fremdsprachenunterricht als Mehrwert sehen.

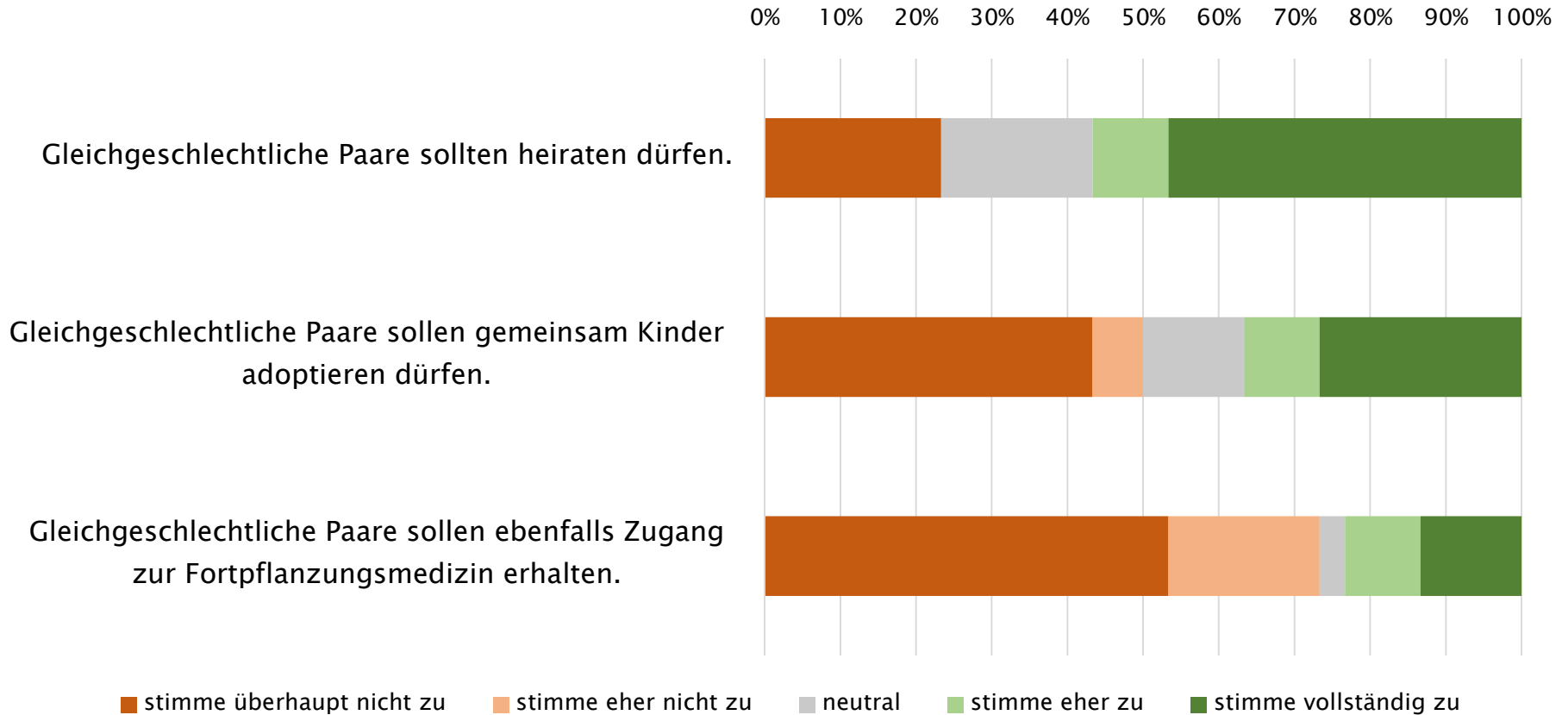
Umwelt- und Klimapolitik





Kommentar

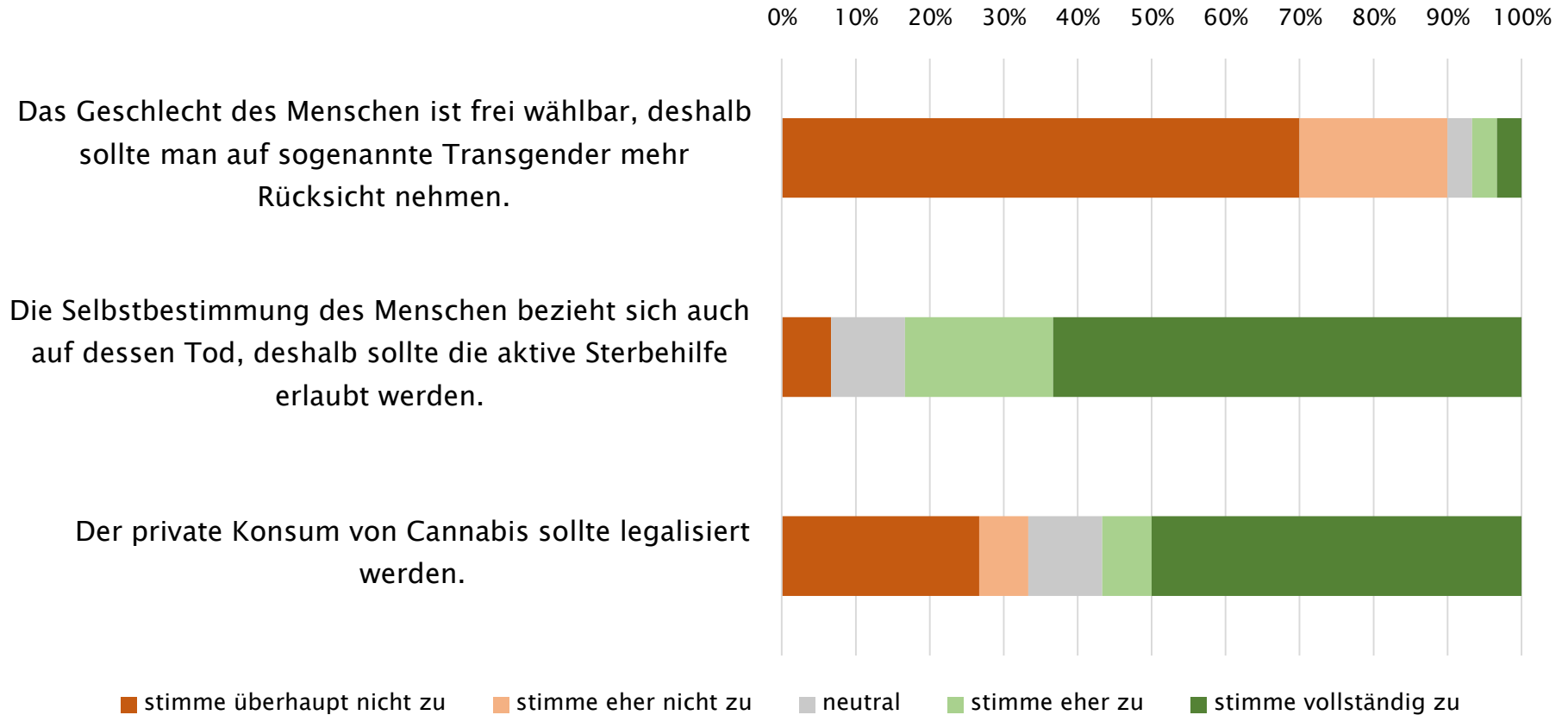
- ▶ Eine knappe Mehrheit findet, dass sich die Junge SVP / SVP nicht verstärkt zu klimapolitischen Anliegen äussern sollte.
- ▶ Eine überwältigende Mehrheit ist der Meinung, dass Umwelt- und Klimaschutz vor allem durch Sensibilisierung und nicht durch zusätzliche Abgaben erreicht werden soll.
- ▶ Staatliche Energie- und Klimalenkungsabgaben werden von einer deutlichen Mehrheit nicht befürwortet.
- ▶ Der Klimawandel muss ernst genommen werden, doch beim Klima- und Umweltschutz soll die Eigenverantwortung im Vordergrund stehen.





Kommentar

- ▶ Die «Ehe für alle» wird von einer klaren Mehrheit befürwortet. Hier lässt sich eine klare Polarisierung erkennen, d. h. die Mitglieder sind entweder klar dafür oder klar dagegen. Knapp ein Fünftel steht dieser Thematik neutral gegenüber.
- ▶ Die Hälfte der Befragten ist gegen die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare. Die Zustimmung liegt bei über einem Drittel. Die Polbildung ist auch hier erkennbar.
- ▶ Der Zugang für gleichgeschlechtliche Paare zur Fortpflanzungsmedizin wird grossmehrheitlich kritisch beurteilt und daher nicht befürwortet.





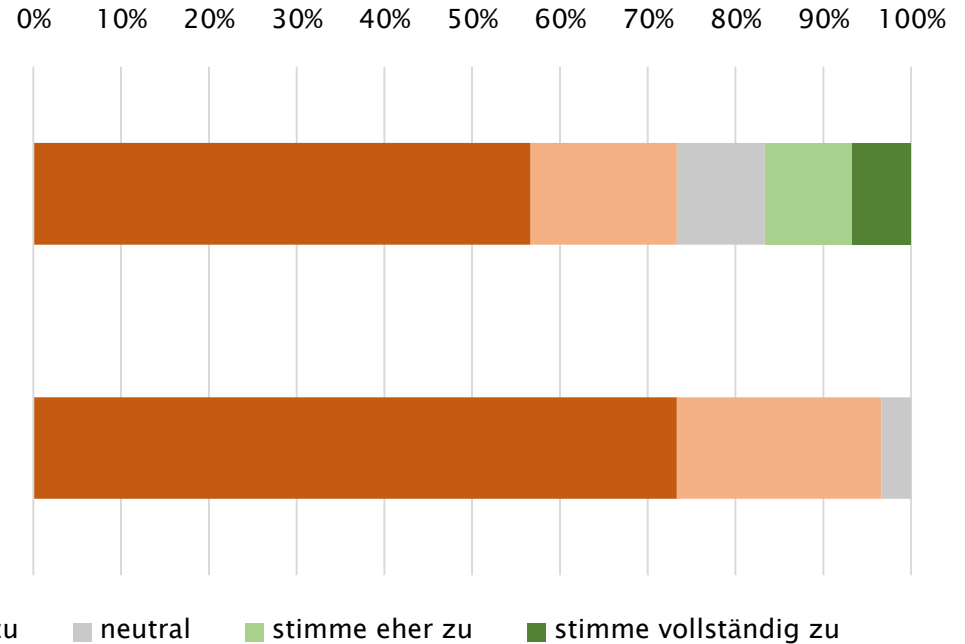
Kommentar

- ▶ Eine eindeutige Mehrheit findet, dass das Geschlecht des Menschen nicht wählbar ist und daher auf sogenannte Transgender nicht mehr Rücksicht genommen werden sollte.
- ▶ Das selbstbestimmte Sterben im Sinne einer aktiven Sterbehilfe wird von einer klaren Mehrheit befürwortet.
- ▶ Eine knappe Mehrheit spricht sich für die Legalisierung des privaten Konsums von Cannabis aus.

Gleichstellung

Das tiefere Rentenalter für Frauen ist aufgrund der bestehenden Lohnunterschiede weiterhin gerechtfertigt.

Weil Frauen in der Politik und in der Wirtschaft häufig untervertreten sind, sollten sie speziell gefördert werden.

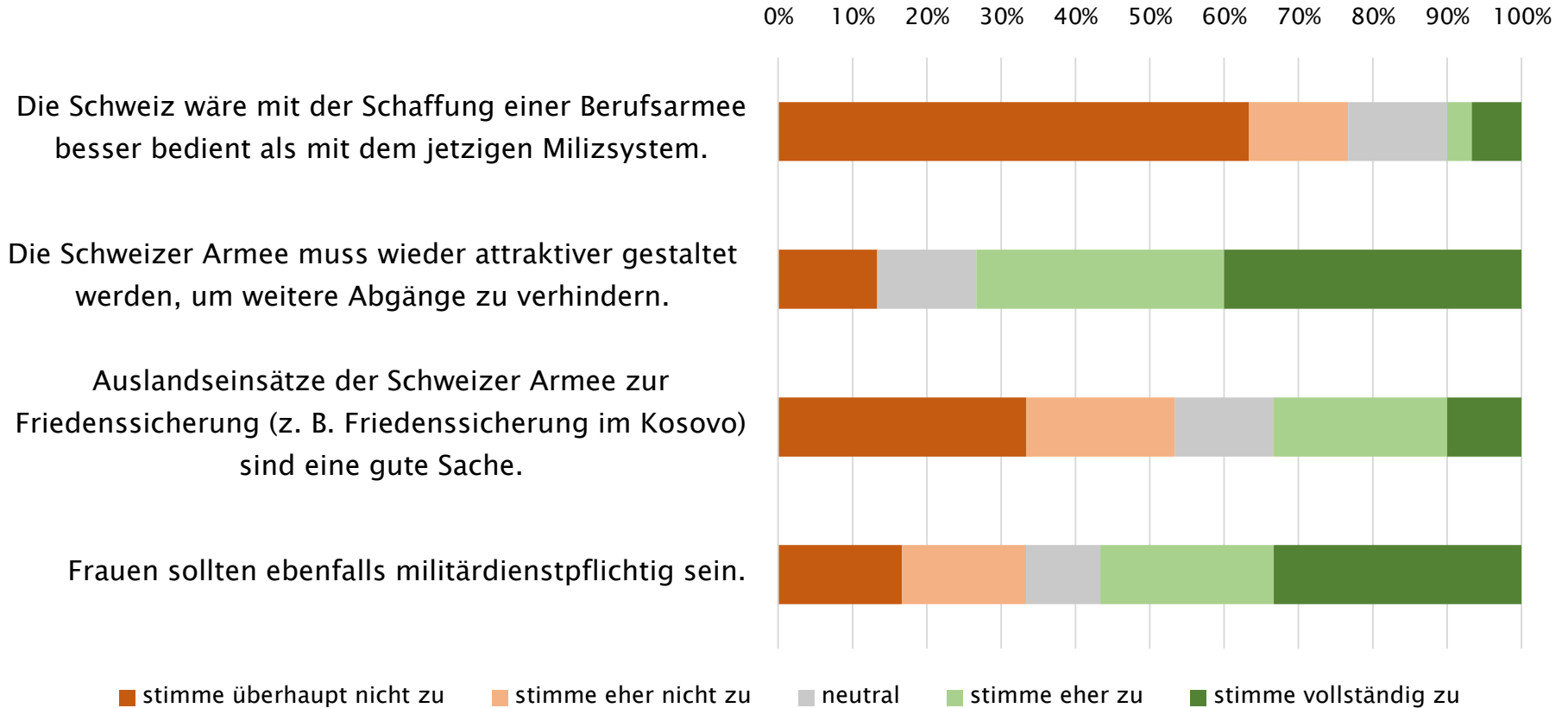




Kommentar

- ▶ Eine klare Mehrheit ist der Meinung, dass das tiefere Rentenalter nicht durch die existierenden Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau gerechtfertigt werden kann.
- ▶ Ausserdem spricht sich die Mehrheit klar gegen die explizite Förderung von Frauen aus, um dem tiefen Frauenanteil in Politik und Wirtschaft entgegenzutreten.

Sicherheit und Armee

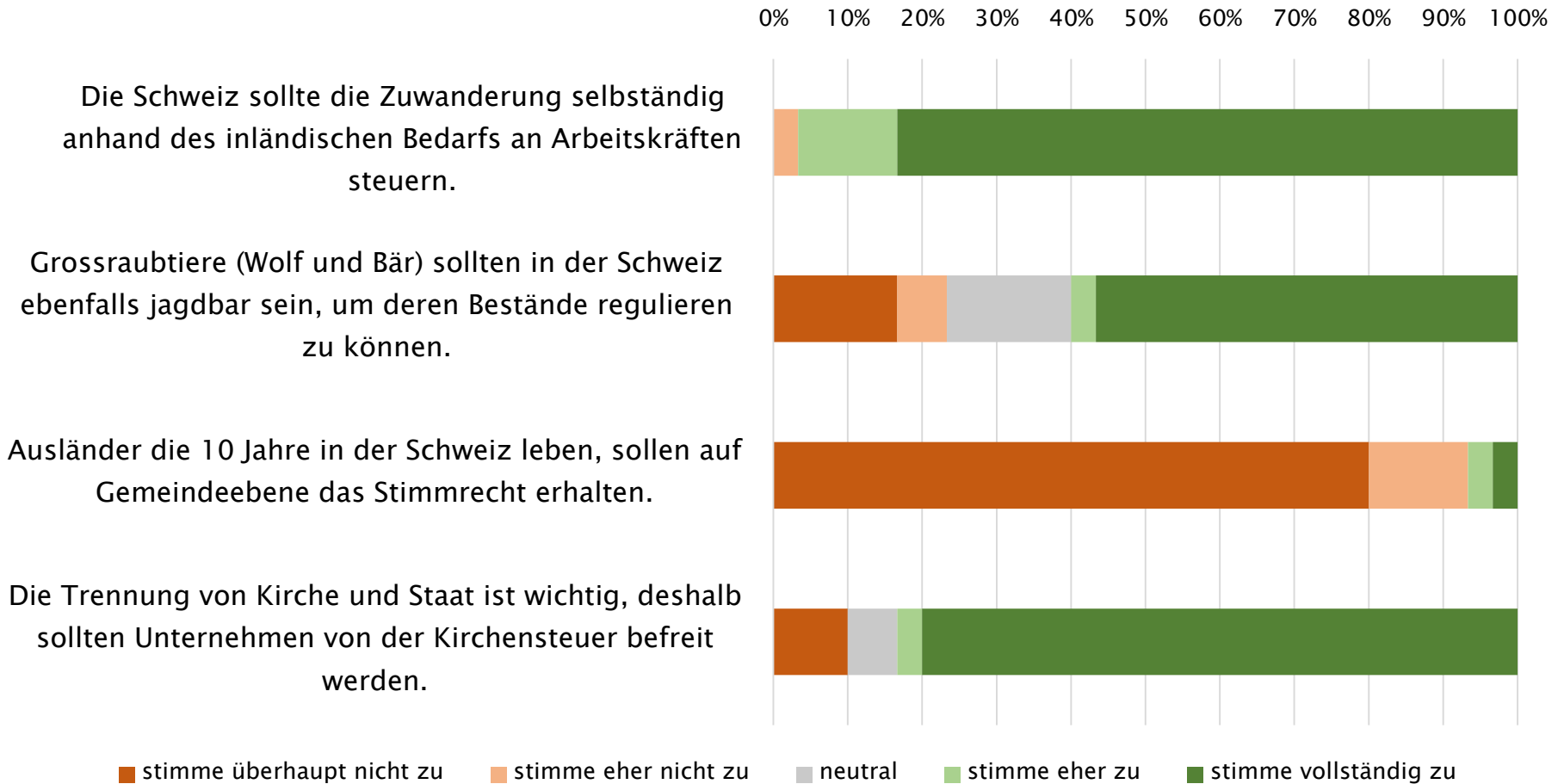




Kommentar

- ▶ Eine deutliche Mehrheit will am bewährten Milizsystem der Schweizer Armee festhalten und lehnt die Schaffung einer Berufsarmee klar ab.
- ▶ Eine Mehrheit ist der Auffassung, dass die Armee insgesamt attraktiver gestaltet werden soll, um Abgänge zu verhindern.
- ▶ Auslandeinsätze der Schweizer Armee werden von einer knappen Mehrheit abgelehnt.
- ▶ Ebenfalls eine knappe Mehrheit ist der Auffassung, dass auch Frauen militärdienstpflichtig sein sollten.

Verschiedenes





Kommentar

- ▶ Die Zuwanderung soll gemäss einer eindeutigen Mehrheit klar reguliert und gesteuert werden.
- ▶ Die Bejagung von Grossraubtieren zur Bestandesregulierung wird von einer Mehrheit ebenfalls befürwortet.
- ▶ Das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene wird von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt.
- ▶ Ausserdem spricht sich eine klar Mehrheit für die strikte Trennung von Kirche und Staat aus. Unternehmen sollten von der Kirchensteuerpflicht befreit werden.